

21/SN-266/ME

Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 60/242

An das
Bundesministerium für
Familie, Jugend und
Konsumentenschutz

Himmelfortgasse 9
1015 W i e n

A-6010 Innsbruck, am 11. September 1986

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 151

Sachbearbeiter: Dr. Schwamberger

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Betrifft	GESETZENTWURF
Z	57 - GE 986
Datum:	24. SEP. 1986
Verteilt	24. SEP. 1986 <i>Yager</i>

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Familienlastenausgleichsgesetz 1967
geändert wird;
Stellungnahme

S. Müller

Zu Zahl 23 0102/2-II/3/86 vom 14. Juli 1986

Zum übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, wird
folgende Stellungnahme abgegeben:

1. Gegen den Gesetzentwurf werden grundsätzlich keine
Einwendungen erhoben.
2. In den Erläuterungen zu § 32 Abs. 4 des Entwurfes wird
dargelegt, daß eine orthopädische Untersuchung des
Kindes in der vierten bis sechsten Lebenswoche obliga-
torisch vorgesehen ist. Es erhebt sich die Frage, ob
eine orthopädische Untersuchung zu diesem Zeitpunkt
nicht zu früh ist, weil etwa ein suspekter Hüftbefund
erst ab einem Lebensalter von drei oder dreieinhalb
Monaten als pathologisch gelten kann.

- 2 -

3. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß der übersandte Gesetzentwurf die "Wiederherstellung der Mehrkindstaffelung" nicht vorsieht. Dieses familienpolitische Anliegen, für dessen Verwirklichung sich der Tiroler Landtag in seiner Entschließung vom 3. Juli 1980 ausgesprochen hat, und das mit Schreiben vom 10. Juli 1980, Zl. Präs.Abt. II - 60/221, dem Bundesminister für Finanzen mitgeteilt worden ist, bleibt im vorliegenden Entwurf weiterhin unberücksichtigt.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

an alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt
der Niederösterreichischen Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

